

TU Braunschweig - Institut für Sozialwissenschaften
Hauptseminar Ausgewählte Probleme des Medienrechts
Dozenten: Prof. Dr. Bernd Rebe; Tanja Meinel, M.A.
Wintersemester 2003 / 2004
Referent: Frank Eichinger, B.Sc.

Regelungsziele und -probleme des neuen Urheberrechts

Inhaltsverzeichnis

1. Geschichte des Urheberrechts in Deutschland.....	3
2. Rechtliche Grundlagen und Ziele des Urheberrechts.....	5
3. Beispiele zum bisherigen Urheberrecht.....	7
Die Privatkopie.....	7
Kopierschutzmechanismen.....	8
Pauschalabgaben.....	8
Filesharing.....	9
4. Die EU Richtlinie.....	10
5. Der „Erste Korb“.....	11
Das Recht der Öffentlichen Zugänglichmachung.....	12
Besondere Regelungen für behinderte Menschen.....	12
Zugänglichmachung für Unterricht und Forschung.....	12
Die Privatkopie.....	13
Der Schutz technischer Maßnahmen.....	14
Durchsetzung von Schrankenbestimmungen.....	16
6. Ausblick und der „Zweite Korb“.....	17

1. Geschichte des Urheberrechts in Deutschland

Das Urheberrecht ist historisch gesehen ein eher junges juristisches Konzept¹. Weder im antiken Rom noch im antiken Griechenland gab es Gesetze, die die Rechte von Urhebern regelten. Der Bedarf für eine solche Gesetzgebung kam erst mit der Erfindung des Buchdrucks auf, die es ermöglichte, Bücher ohne nennenswerten Aufwand nachzudrucken und zu verkaufen. Durch den Buchdruck war eine Produktion möglich, die die bis dahin übliche handschriftliche Vervielfältigung, z.B. durch Mönche, revolutionierte und massentauglich machte. Schnell kamen so erste „Raubdrucke“ auf, die das noch nicht vorhandene Urheberrecht aus unserer heutigen Perspektive massiv beeinträchtigten. Es entstand also der Bedarf nach einem Schutz der Autoren bzw. auch zu der Zeit schon der Verleger, die ein Buch von einem Autoren produzierten.

Im 16. und 17. Jahrhundert wurden so genannte Druckprivilegien durch die jeweilige Obrigkeit vergeben, um gegen die Raubdrucke vorzugehen. Das System dieser Druckprivilegien war aber auf Grund der territorialen Zerklüftung Europas nicht sehr effektiv - die Geltungsbereiche eines Druckprivilegs waren meist sehr klein.

Die Lehre vom geistigen Eigentum entwickelte sich durch Philosophen und Juristen aus dem Naturrecht und kam erst im 18. Jahrhundert als Übertragung der Lehre vom materiellen Eigentum auf, konnte sich aber zunächst nicht durchsetzen.

Da auch zum Beginn des 19. Jahrhunderts die Raubdruckproblematik noch nicht gelöst war, wurde 1837 in Preußen das „Gesetz zum Schutze des Eigenthums an Werken der Wissenschaft und Kunst in Nachdruck und Nachbildung“ erlassen². Die erste gesamtdeutsche Regelung, das „Gesetz betr. das Urheberrecht an Schriftwerken, Abbildungen, musikalischen Kompositionen und dramatischen Werken“ entstand 1870. Dieses befasste sich allerdings noch nicht mit einem öffentlichen Interesse an geschützten Werken. 1901 wurde dann das „Gesetz betr. das Urheberrecht an Werken der Literatur und der Tonkunst“ erlassen, welches 1965 mit dem bis heute gültigen „Gesetz über Urheberrecht und verwandte Schutzrechte“ (UrhG) abgelöst wurde. Das UrhG von 1965 stärkt die Rechte der Autoren, räumt der Öffentlichkeit aber auch großzügige Rechte z.B. der Vervielfältigung ein, fasst Schranken enger und verlängert das Urheberrecht auf 70 Jahre post mortem auctoris, was besagt, dass Werke 70 Jahre nach dem Tod des letzten Miturhebers gemeinfrei werden. Die schon vor dem neuen UrhG 1964 nach einem BGH-Urteil eingeführten Pauschalabgaben als Ausgleich für private Kopien wurden in dem neuen Gesetz als Vergütung für die Urheber festgeschrieben.

Die letzte große Änderung erfuhr das UrhG 1984 in Form einer Novelle, die der sich rasant entwickelnden Vervielfältigungstechnik und Computertechnologie eine gesetzliche Verschärfung entgensetzte. Durch hochwertigere und billigere Vervielfältigungsgeräte nahm die Anzahl der Privatkopien rasant zu. Dem begegnete die Novelle mit einer Schärfung der Schrankenregelungen und der Einführung von Abgaben auf Leermedien und Großkopierer. Das

1 vgl. [IS1]

2 vgl. [FS]

System der Abgaben über Verwertungsgesellschaften hatte sich als erfolgreiches System bewährt und wurde durch die neuen Abgaben bestärkt. Erstmals wurden auch Computerprogramme durch das UrhG geschützt.

Insgesamt kann man sagen, dass sich das Urheberrecht im Laufe der Geschichte parallel zum technischen Fortschritt entwickelt hat. Immer wenn es neue technische Innovationen, wie den Buchdruck, die Tonbandtechnik oder die Fotokopiertechnik gab, wurde eine Zeit später das Gesetz an die veränderte Realität angepasst. Dieser Schritt wurde, insbesondere durch den Druck einer EU Richtlinie, auch dieses Jahr durchgeführt. Das UrhG wurde in einem ersten Schritt an die Herausforderungen des digitalen Zeitalters, in dem das Kopieren von CDs und der Austausch von Informationen über das Internet zum Alltag gehören, angepasst.

2. Rechtliche Grundlagen und Ziele des Urheberrechts

Juristisch gesehen fußt der Schutz der Rechte der Urheber nicht nur in der Verfassung, sondern sogar in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen von 1948³. Artikel 27 lautet:

„(1) Jeder hat das Recht, am kulturellen Leben der Gemeinschaft frei teilzunehmen, sich an den Künsten zu erfreuen und am wissenschaftlichen Fortschritt und dessen Errungenschaften teilzuhaben.

(2) Jeder hat das Recht auf Schutz der geistigen und materiellen Interessen, die ihm als Urheber von Werken der Wissenschaft, Literatur oder Kunst erwachsen.“

Dieses Menschenrecht wird allgemeiner in den Artikeln 1 (Schutz der Menschenwürde), 2 (Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit) und 14 (Gewährung des Eigentums) des Grundgesetzes (GG) als verfassungsrechtliche Grundlage festgeschrieben. Außerdem spielt Artikel 5 GG für das Urheberrecht eine wichtige Rolle, der die freie Meinungsäußerung gewährleistet und das Grundrecht der Informationsfreiheit beschreibt.

Im Detail wird das Urheberrecht im wesentlichen im „Gesetz über Urheberrecht und verwandte Schutzrechte“ (UrhG) von 1965 geregelt. Als ein Ziel des UrhG nennt § 11 UrhG folgendes:

„Das Urheberrecht schützt den Urheber in seinen geistigen und persönlichen Beziehungen zum Werk und in der Nutzung des Werkes. Es dient zugleich der Sicherung einer angemessenen Vergütung für die Nutzung des Werkes.“

Das UrhG hat als Schutzgegenstand schöpferische „Werke“. Diese werden im zweiten Abschnitt des UrhG, insbesondere in § 2 I UrhG als „Werke der Literatur, Wissenschaft und Kunst“ definiert und beispielhaft aufgeführt. Im dritten Abschnitt des Gesetzes, in §§ 7 ff UrhG, wird der Urheber als Schöpfer des o.g. Werks definiert, der den Schutz des UrhG genießt. Dieser Schutz gliedert sich in zwei Schutzrichtungen, der wirtschaftlichen- über die Verwertungsrechte und der ideellen- über das Urheberpersönlichkeitsrecht. Beim UrhG handelt es sich allerdings nicht um den gewerblichen Rechtsschutz, der im Patent-, Muster- und Markenrecht geregelt ist.

Das Interessante am UrhG ist, dass es ein nicht materielles Gut schützt. Werke, also geistiges Eigentum, werden durch das Gesetz dem materiellen Eigentum ähnlich gestellt. Die Frage nach dem Eigentum von materiellen Gütern war auch in der Rechtsgeschichte schon immer relativ leicht zu klären. Das UrhG räumt jetzt den Urhebern ein ähnliches Recht an ihren Werken ein, versucht aber auch eine Abwägung mit den Interessen der Öffentlichkeit. Die Urheber werden durch die Rechte und Vergütungsansprüche, die sie durch das UrhG erhalten, zum kreativen Schaffen ermuntert. Aber auch die Interessen der Öffentlichkeit sind nicht zu unterschätzen,

³ vgl. Einleitung von [UrhR]

immerhin handelt es sich bei allem geistigen Eigentum auch um Güter der Kultur und der Wissenschaft. Diese bilden die entscheidende Materie unserer Informationsgesellschaft⁴ und allen technischen und gesellschaftlichen Fortschritts. Der oben zitierte Artikel der Menschenrechte, aber auch der bereits genannte Artikel 5 I 1 GG („Jeder hat das Recht ... sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten...“) räumen der Allgemeinheit ein Recht ein, sich zu informieren sowie an Kunst, Kultur und Wissenschaften teilzuhaben. Das UrhG hat nun die schwierige Aufgabe, für einen gerechten Ausgleich zwischen den schutzwürdigen Belangen der Urheber und denen der Allgemeinheit zu sorgen. Diese Interessenabwägung wird durch die Einräumung der bereits genannten Urheberrechte und durch die so genannten Schrankenregelungen (§§ 45 ff UrhG) vorgenommen. Durch Schranken werden die Rechte der Urheber, insbesondere die Verwertungsrechte, beschränkt, indem anderen gesetzlich bestimmte Rechte der Werknutzung eingeräumt werden. Diese Schrankenregelungen müssen wiederum teilweise vergütet werden, um die Urheber angemessen für die gesetzlich eingeräumte und somit zustimmungsfreie Werknutzung anderer zu entlohnen.

4 vgl. Artikel „Geistiges Eigentum im Netz“ in [Bürgerrechte]

3. Beispiele zum bisherigen Urheberrecht

In diesem Kapitel werden ein paar Beispiele gegeben, die dazu dienen sollen, ausgewählte Aspekte des Urheberrechts genauer zu verstehen und eine Basis für ein paar der wichtigen Änderungen 2003 zu schaffen. In einem späteren Kapitel werden dann die Änderungen des Gesetzes anhand der Beispiele illustriert.

Die Privatkopie

§ 53 UrhG, der als Schrankenregelung „Vervielfältigungen zum privaten und sonstigen eigenen Gebrauch“ regelt, ist einer der brisantesten Paragraphen des ganzen Gesetzes. Er räumt es Privatpersonen u.a. ein, „einzelne Vervielfältigungsstücke zum privaten Gebrauch herzustellen“. Dazu gehört bemerkenswerter Weise auch die Weitergabe einzelner Kopien z.B. an Freunde. Die Urheber müssen diesen Vervielfältigungen nicht explizit zustimmen und erhalten Vergütungen für diese Kopien nur pauschal über Leermedien- und Geräteabgaben nach §§ 54 ff UrhG.

Allerdings enthält § 53 UrhG eine ganze Reihe von Einschränkungen. So dürfen generell nur einzelne Vervielfältigungen vorgenommen werden. In der Interpretation des Gesetzes ist dazu immer wieder eine Zahl von maximal 7 Kopien einer Musik-CD zu lesen. Private Kopien nach Absatz § 53 I UrhG dürfen auch nur vorgenommen werden, wenn eine natürliche Person die Kopien anfertigt und dabei „weder unmittelbar noch mittelbar Erwerbszwecken“ dient. Diese Einschränkung gilt wiederum nicht, wenn die Vervielfältigung nach § 53 II UrhG erfolgt, was aber nur unter besonderen Umständen, wie z.B. für eigene wissenschaftliche Zwecke oder für die Aufnahme in ein Archiv möglich ist. Diese Regelung ermöglicht es z.B. öffentlichen Bibliotheken, Kopien von Aufsätzen aus Zeitschriften zu erstellen und diese elektronisch gegen eine kleine Gebühr (Aufwandsentschädigung) zu verschicken. Ein solcher Service wird z.B. vom Subito e.V.⁵ angeboten. Subito ist ein vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderter Dienst, dem mittlerweile 23 wissenschaftliche Bibliotheken angeschlossen sind und es ermöglicht, innerhalb weniger Tage Artikel aus allen in den Bibliotheken vorrätigen Zeitschriften und Büchern zu bestellen. Dieser Service wurde im Jahr 2002 990.657 mal in Anspruch genommen⁶. Der Versand eines einfachen Artikels per e-mail kostet bei Subito für Studenten 4,00 EUR, wovon rund 3,00 EUR eine Bearbeitungsgebühr sind und rund 1,00 EUR eine Abgabe an die VG Wort.

Für das Kopieren von Noten und ganzen Büchern oder Zeitschriften ist seit der Urheberrechtsnovelle von 1985 prinzipiell die Zustimmung des Urhebers erforderlich. Als das Gesetz 1965 verabschiedet wurde, sah man noch nicht die Möglichkeit, private Kopien ganzer Bücher anzufertigen. Durch die Entwicklung der Fotokopiertechnik war eine solche

⁵ <http://www.subito-doc.de/>

⁶ vgl. [ct1603]

Einschränkung aber im Jahre 1985 notwendig.

Kopierschutzmechanismen

Seit ein paar Jahren sind im Bereich der Musik-CDs verschiedene Kopierschutzmechanismen aufgetaucht. Diese wurden von der Musikindustrie als eine Art technischer Selbsthilfe eingeführt. Genau genommen ist es im Jahr 2003 sogar so, dass teilweise 7 von 10 CDs in den Top 10 einen Kopierschutzmechanismus benutzen⁷. Nach bisherigem Recht genießen diese Kopierschutzmechanismen keinen besonderen rechtlichen Schutz, sind aber auch nicht verboten.

Der Kopierschutz funktioniert dabei in den meisten Fällen so, dass die CDs bewusst gegen bestimmte international anerkannte technische Spezifikationen verstoßen. Diese Verstöße führen dazu, dass CD-Laufwerke, die sich an den Standard halten, die CD nicht in der erhofften Weise abspielen können. Die meisten Audio-CD-Spieler sind allerdings recht fehlertolerant und ignorieren solche Verstöße. Tragbare CD-Spieler, CD-Spieler fürs Auto und besonders CD-Laufwerke in Computern (mit denen wohl die meisten Vervielfältigungen vorgenommen werden) halten sich meist enger an den Standard und können CDs, die diesem nicht entsprechen, oft nicht lesen.

Da kopiergeschützte CDs meist bewusst nicht dem Audio-CD-Standard entsprechen, kann man diese CDs eigentlich nicht als CD bezeichnen. Die Medien sprechen auch von den so genannten „Un-CDs“. Die Verbraucher haben so also oft nicht mehr die Möglichkeit, die CDs so zu benutzen, wie sie es gerne möchten. Durch die Abweichungen vom Standard funktioniert außerdem die automatische Fehlerkorrektur bei Musik-CDs bei den meisten Kopierschutzmechanismen nicht mehr so gut - kopiergeschützte CDs werden dadurch fehleranfälliger bei Kratzern und Verschmutzung. Da die Verstöße gegen den Standard allerdings kaufrechtlich betrachtet einen Sachmangel im Sinne von § 434 BGB darstellen, konnten CDs, die nicht explizit vor dem Kauf auf solche Einschränkungen hinwiesen, auch bisher in der Regel beim Handel zurückgegeben werden.

Ohne eine gesetzliche Regelung von technischen Maßnahmen entstehen also Kollisionen mit anderen Rechten wie der Privatkopie (§ 53 UrhG), dem Erschöpfungsgrundsatz (§ 17 II UrhG), dem gemeinschaftrechtlichen Prinzip der Warenverkehrsfreiheit (Artikel 23 ff EG Vertrag) und dem bereits beschriebenen Sachmangel (§ 434 BGB).

Pauschalabgaben

Um den Urhebern einen Ausgleich für die Kopien zu geben, die sie durch die Schrankenregelung in § 53 UrhG hinnehmen müssen, hat sich seit den 1960er Jahren ein System von Pauschalabgaben entwickelt. Konkret werden die Ansprüche der Urheber, die nur durch Verwertungsgesellschaften geltend gemacht werden können, in den §§ 54 ff UrhG geregelt. Pauschalabgaben fallen für Anschaffung und Betrieb von Geräten an, die der

⁷ vgl. [ct0703]

Vervielfältigung dienen, außerdem auch für Leermedien wie CD-Rs, DVD-Rs oder Musik-Kassetten.

Beispielsweise fallen für Kopien in Copyshops rund 0,01 EUR pro schwarz/weiß Kopie an (für mehrfarbige das Doppelte), die von der VG Wort pauschalisiert in Form von Jahresabgaben eingesammelt werden⁸. Für den Verkauf von CD Recordern fallen Abgaben von 6,00 EUR pro Gerät an. Für Drucker und PC gibt es bislang noch keine Einigung bei der Höhe der Abgabe, sie wird aber voraussichtlich bald kommen. Da es sich jeweils um Pauschalabgaben handelt, spielt es keine Rolle, ob mit einem CD-Recorder lediglich eigene Daten gesichert werden oder ob viele Musik CDs im Rahmen von § 53 UrhG produziert werden. Die Kopierabgabe wird ebenso auch dann fällig, wenn man lediglich eigene Aufzeichnungen kopiert und nicht nur bei Kopien aus Büchern oder Zeitschriften.

Filesharing

Im Internet existieren verschiedene Tauschbörsen, wo Dateien jeder Art von Person zu Person ausgetauscht werden können. Insbesondere handelt es sich dabei um Musik-Dateien, Video-Dateien und Computerprogramme. Diese Tauschbörsen sind eine rechtlich besonders heikle Angelegenheit. Wie bereits beschrieben, fällt der Austausch von Musik- und Videodateien dabei ggf. unter die Schrankenregelung der Privatkopie nach § 53 UrhG, für Computerprogramme gibt es aber keine vergleichbare Schranke in den §§ 69a ff UrhG. Daher ist die Verbreitung von Software in Tauschbörsen fast immer rechtswidrig, es sei denn, man besitzt die entsprechenden Rechte dazu oder es handelt sich um Freie Software, die die Verbreitung in den Lizenzbedingungen explizit erlaubt.

Das zur Verfügung Stellen und Herunterladen von eigenen Musikaufnahmen, gemeinfreien Stücken und Stücken, für dessen Verbreitung eine Erlaubnis vorliegt, ist rechtlich ohne weiteres möglich. Allerdings werden Tauschbörsen meist zum Austausch von urheberrechtlich geschützten Werken benutzt. Oft wurde versucht zu argumentieren, dass das zur Verfügung Stellen von geschützten Werken einer Privatkopie nach § 53 UrhG gleichzusetzen ist. Allerdings stellen sich die Fragen, ob das Bereithalten selbst erlaubt ist, ob man dabei von einzelnen Vervielfältigungen sprechen kann und ob das Kopieren von Werken zu fremden Personen überhaupt von § 53 UrhG gedeckt ist. Aus den genannten Gründen kam es weltweit zu einigen Klagen und Verurteilungen und verschiedene Tauschbörsen mussten den Betrieb einstellen. Allerdings ist die Frage, ob das Herunterladen von Musik legal sei, immer noch strittig. Es wird argumentiert, dass derjenige, der die Musik herunter laden will, nicht erkennen kann, ob das Angebot legal oder illegal sei.

⁸ Das sind bei einem realistischen Preis pro Kopie von 0,03 EUR immerhin 33%.

4. Die EU Richtlinie

Die „Richtlinie 2001/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Mai 2001 zur Harmonisierung bestimmter Aspekte des Urheberrechts und der verwandten Schutzrechte in der Informationsgesellschaft“ bildet die Grundlage für die jüngsten Änderungen des UrhG in Deutschland. Ihr Ziel ist die Harmonisierung der Rechtsvorschriften betreffend das Urheberrecht in den Mitgliedsstaaten der EU. Sie soll einen Ordnungsrahmen für die Förderung und Entwicklung der Informationsgesellschaft schaffen. Die Richtlinie selbst ist wiederum aufgebaut auf den Vorgaben der WIPO (World Intellectual Property Organisation) Verträge vom Dezember 1996⁹ - es wird also durch die Richtlinie auch eine EU weite Ratifizierung dieser Verträge erreicht¹⁰.

Um ein ähnliches Urheberrecht in allen Mitgliedsstaaten zu erreichen, enthält die Richtlinie sehr viele Vorgaben, die nahezu alle Bereiche des Urheberrechts betreffen. Beispielhaft handelt es sich um das Vervielfältigungsrecht (§ 2), die öffentliche Wiedergabe und -Zugänglichmachung (§ 3), das Verbreitungsrecht (§ 4) und den Schutz technischer Maßnahmen (§ 6). Erfreulicher Weise waren in vielen Ländern schon Regelungen zu vielen Bereichen vorhanden. Außerdem sind viele Regelungen der Richtlinie fakultativ, so dass sie den Gesetzgebern einen relativ großen Spielraum lassen. So kommt es dazu, dass in den einzelnen Ländern oft nur kleine Änderungen und Klarstellungen vorgenommen werden mussten.

Die Richtlinie hat eine Umsetzungsfrist bis Dezember 2002, die nicht von allen Staaten eingehalten wurde.

9 WIPO Urheberrechtsvertrag (WIPO Copyright Treaty (WTC)) und WIPO Vertrag über Darbietungen und Tonträger (WIPO Performances and Phonograms Treaty (WPPT))

10 vgl. [ZUM1] und [IS2]

5. Der „Erste Korb“

Die Vorgaben der vorgenannten EU Richtlinie werden von der Bundesregierung in zwei Änderungsgesetzen in deutsches Recht umgesetzt. Die Einteilung in zwei Änderungsrounden, die von Seiten der Politik als Körbe bezeichnet werden, begründet sich vor allem durch den Zeitdruck, der durch die bei Verabschiedung längst verstrichene Änderungsfrist der EU Richtlinie entstanden ist. In der Gesetzesbegründung der Bundesregierung wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es sich bei dem Änderungsgesetz nicht um eine umfassende Anpassung handelt - es sollen zunächst nur die zwingenden Vorgaben der EU Richtlinie und der WIPO Verträge umgesetzt werden. In ihrer Ansprache im Bundestag am 14.11.2002 verweist die Bundesjustizministerin Brigitte Zypries auf den zweiten Schritt, in dem „ohne Zeitdruck“ und nach sorgsamer Abwägung weitere Änderungen vorgenommen werden sollen.

Der erste Korb, genau genommen das „Gesetz zur Regelung des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft“ (im Folgenden auch Umsetzungs- oder Änderungsgesetz genannt), wurde nach langer Diskussion und Änderungen, hauptsächlich auf Drängen des Bundesrates und auf Grund massiver Lobbyarbeit seitens der Verwertungsindustrie, am 03.07.2003 vom Bundestag beschlossen. Mit Ausnahme weniger Punkte trat es am 13.09.2003 in Kraft. Es gleicht als Umsetzungsgesetz der EU Richtlinie das Urheberrecht an die „Entwicklung im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie, insbesondere der digitalen Technologie“¹¹ an. Dabei ändert es neben dem UrhG auch das Urheberrechtswahrnehmungsgesetz, das Unterlassungsklagengesetz und die Strafprozessordnung. Diese Änderungen sind in der Regel aber nur Folgen der Änderungen im UrhG, auf die hier im folgenden ausschließlich eingegangen wird. Die Änderungen des UrhG sind nur in wenigen Punkten einschneidend. In den meisten Punkten handelt es sich um die Anpassung von Schrankenregelungen, aber auch die Rechtsstellung der ausübenden Künstler wird gestärkt. Dass es sich zumeist um nicht grundlegende Änderungen handelt, hängt unter anderem damit zusammen, dass die deutschen Schrankenregelungen des bisherigen Urheberrechts für die Richtlinienverfasser ein Vorbild waren¹².

Im Folgenden wird eine Auswahl der wichtigen Änderungen, hauptsächlich im wirtschaftlich relevanten Teil, und derer, die für die zuvor beschriebenen Beispiele relevant sind, genauer beschrieben:

11 Gesetzesbegründung der Bundesregierung, BT-Drs. 15/38, S. 14

12 vgl. [IS2]

Das Recht der Öffentlichen Zugänglichmachung

Durch Änderung der §§ 15, 22 UrhG, sowie durch das Einfügen des neuen § 19a UrhG wird das bisherige Recht der öffentlichen Wiedergabe der Urheber (§ 15 II UrhG) durch das Recht der öffentlichen Zugänglichmachung ergänzt. Bei diesem neuen Recht handelt es sich um das Recht, ein „Werk drahtgebunden oder drahtlos der Öffentlichkeit in einer Weise zugänglich zu machen, dass es Mitgliedern der Öffentlichkeit von Orten und zu Zeiten ihrer Wahl zugänglich ist“. Als Beispiel, welches sicherlich auch der Gesetzgeber vor Augen hatte, sei hier die Veröffentlichung im Internet (also bereits das Bereithalten und nicht erst die eigentliche Übertragung) zu nennen. Die Beschreibung ist allerdings technologieneutral gehalten, so dass weder das Internet, noch bestimmte Dienste des Internets wie das Bereithalten von Daten auf einem http¹³ Server oder in einem Filesharing Netz genannt werden. Das Recht der öffentlichen Zugänglichmachung wurde bisher nicht explizit durch das UrhG geregelt und daher kontrovers diskutiert, allerdings wurde in der Rechtsprechung meist das Senderecht (§ 20 UrhG) analog angewendet. Somit hat die Einführung dieses Rechtes in der Praxis eine klarstellende Bedeutung, denn durch die nur beispielhafte Aufzählung der Verwertungsrechte in § 15 I, II UrhG ("insbesondere") waren Verwertungshandlungen, die jetzt unter § 19a UrhG fallen, auch vor der Novellierung erfasst. Für das zur Verfügung Stellen von Werken in Filesharing Netzwerken ist mit dem neuen Recht eine explizite Regelung geschaffen worden, die für Rechtssicherheit sorgt - durch das UrhG geschützte Werke dürfen also nicht ohne Zustimmung des Urhebers in einem Filesharing Netzwerk angeboten werden.

Besondere Regelungen für behinderte Menschen

Der neu in das UrhG aufgenommene § 45a UrhG enthält eine Schrankenregelung zu Gunsten behinderter Menschen, die jetzt Vervielfältigungen von einem Werk vornehmen dürfen, wenn diese die sinnliche Wahrnehmung vereinfachen oder ermöglichen. Diese Vervielfältigungen dürfen auch durch Dritte vorgenommen werden - werden mehrere Vervielfältigungen von einem Werk angefertigt, ist eine Abgabe über die jeweiligen Verwertungsgesellschaften vorgesehen. Als Beispiel für Vervielfältigungen nach diesem Paragraphen sei hier die Übertragung von Schriftwerken in die Blindenschrift zu nennen.

Zugänglichmachung für Unterricht und Forschung

Der neue § 52a UrhG, der bestimmte Formen der öffentlichen Zugänglichmachung und den damit zusammenhängenden Vervielfältigungen für Unterricht und Forschung regelt, ist einer der meist diskutiertesten des Änderungsgesetzes. Auf der einen Seite stehen die Interessen der Urheber und der Verlage, auf der anderen Seite geht es darum, Kopien und die zur Verfügung Stellung dieser für Zwecke des Unterrichts und der Forschung in einem bestimmten Rahmen zu erlauben, um so die Freiheit der Wissenschaft (Artikel 5 III GG) zu gewährleisten. Sicherlich

¹³ Hypertext Transfer Protocol, die Basis des World Wide Web, RFC 1945

spielen auch die Ausgaben für Unterricht und Forschung, die meist vom Staat getragen werden, eine wichtige Rolle bei der Intention dieses Paragraphen. Konkret wird es mit Einschränkungen erlaubt, abgegrenzten Personenkreisen, also z.B. den wissenschaftlichen Mitarbeitern und Studenten eines Instituts oder den Teilnehmern einer Vorlesung, Teile bzw. kleine Teile von Werken zugänglich zu machen. Die dazu notwendigen Vervielfältigungen wurden allerdings auch schon bisher durch die Regelungen des § 53 UrhG gedeckt¹⁴. Konkret kann z.B. ein Professor seinen Studenten kleine Teile von Büchern und wissenschaftliche Artikel auf einer Homepage zur Verfügung stellen, welche durch Passwortschutz auf den Kreis der Besucher einer Vorlesung eingegrenzt ist.

Wie schon erwähnt, hat der § 52a UrhG zu großen Diskussionen geführt, die auch öffentlich ausgetragen wurden. Besonders die wissenschaftlichen Verlage befürchteten massive wirtschaftliche Einbußen, zumal zunächst keine Beschränkung auf Teile von Werken vorgesehen war. Von Verlegerseite wurde die Initiative „Verlage und Wissenschaftler für ein faires Urheberrecht“ gegründet, welche u.a. großflächige Anzeigen in Tageszeitungen schaltete und eine Kampagnen-Webseite¹⁵ betreibt. Interessanterweise hat der Bundesrat, der als Länderkammer eigentlich ein großes Interesse an den Hochschulfinanzen hat, sich den Interessen der Wirtschaft angenommen und sich für eine engere Fassung der Schranke in § 52a UrhG eingesetzt. Letztendlich wurde, zwei Tage vor Verabschiedung im Bundestag, im Rechtsausschuss der Paragraph weiter eingeschränkt¹⁶. Außerdem wurde durch den ebenfalls neuen § 137k UrhG die Geltungsdauer des § 52a UrhG zunächst bis zum 31.12.2006 befristet. Es ist also noch nicht das letzte Wort über die Zugänglichmachung für Unterricht und Forschung gesprochen und es stehen Änderungen im „Zeiten Korb“ oder gar in einem dritten an.

Die Privatkopie

Der § 53 UrhG selbst, der die Schranke der Privatkopie enthält, wurde mit der Gesetzesnovelle in seinem Kern nicht verändert. Die Änderungen umfassen nur kleinere Überarbeitungen und Klarstellungen - allerdings beschränkt der neue § 95a UrhG durch den Schutz technischer Maßnahmen die digitale Privatkopie erheblich¹⁷.

U.A. wird in § 53 I 1 UrhG der „Gebrauch auf beliebigen Trägern“ erlaubt, so dass klargestellt wird, dass prinzipiell keine Differenzierung zwischen analogen und digitalen Kopien stattfindet. Des weiteren wurde, insbesondere auf Druck des Bundesrates, in Absatz 1 die Bedingung eingeführt, dass Vervielfältigungen nur angefertigt werden dürfen, „soweit nicht zur Vervielfältigung eine offensichtlich rechtswidrig hergestellte Vorlage verwendet wird“. Die Durchsetzung dieser Einschränkung wird sich sicherlich als schwer herausstellen, da ja z.B. Vervielfältigungen, die auf Basis dieses Paragraphen erstellt wurden, nicht rechtswidrig sind,

¹⁴ vgl. Gesetzesbegründung der Bundesregierung, BT-Drs. 15/38, S. 20

¹⁵ <http://www.52a.de/>

¹⁶ vgl. [ZUM1]

¹⁷ s. nächsten Abschnitt

auch wenn es sich dabei nicht um Originale handelt. So wird es oft nicht nachvollziehbar sein, auf welchem Weg die Vorlage für eine Vervielfältigung entstanden ist und folglich nicht leicht zu erkennen sein, ob eine Vorlage „offenbar rechtswidrig“ ist oder nicht. Der Intention des Gesetzgebers folgend soll der Download aus Tauschbörsen offenbar rechtswidrig sein, allerdings stellt sich die Frage, ob dem wirklich so ist, wenn dort auch auf legalem Weg z.B. gemeinfreie Musikstücke angeboten werden.

In der Begründung des Gesetzes der Bundesregierung hebt diese explizit hervor, dass der Versand digitaler Kopien, wie bereits im Beispiel beschrieben, weiterhin von der Schrankenregelung des § 53 UrhG gedeckt ist¹⁸, solange die Gebühren für den Versand die Kostendeckung nicht überschreiten.

Der Schutz technischer Maßnahmen

Mit dem neuen § 95a UrhG werden „wirksame technische Maßnahmen“, die ein nach dem UrhG geschütztes Werk schützen, unter Schutz gestellt. Genau genommen wird verboten, diese Maßnahmen zu umgehen (§ 95a I UrhG) und Technologien herzustellen, einzuführen, zu verkaufen, zu vermieten oder zu bewerben, mit denen der Schutz umgangen werden kann (§ 95a III UrhG).

Der § 95a UrhG macht die Privatkopie z.B. von Musik-CDs, wie im Beispiel beschrieben, juristisch gesehen nahezu unmöglich, auch wenn diese Kopie prinzipiell von der Schranke im § 53 UrhG gedeckt ist. In der Praxis bedeutet das, dass die Musikindustrie CDs lediglich mit einem Kopierschutz versehen muss (was, wie im Beispiel beschrieben, auch schon massiv getan wird), wenn sie nicht wollen, dass Privatkopien von den CDs angefertigt werden. Allerdings wird so der Musikgenuss einiger CDs in einigen Geräten, z.B. im Auto, sowie auch das Anlegen von Archiven (z.B. im MP3 Format) und die Benutzung von mobilen MP3 Playern unmöglich. Diese durchaus nicht unüblichen Nutzungsszenarien interessiert die Musikindustrie allerdings offenbar nicht und auch die Gesetzgeber scheinen hier den Interessen der Musikindustrie im Gegensatz zum Verbraucherschutz einen besonders hohen Stellenwert einzuräumen.

Neben der Anwendung auf die digitalen Kopien von Musik CDs - analoge Kopien z.B. auf Tonband sind weiterhin möglich, da hierbei kein Schutz umgangen wird¹⁹ - ebnet der § 95a UrhG auch die Verbreitung von DRM (Digital Rights Management) Systemen. Ohne die technischen Details zu vertiefen, lassen sich DRM Systeme so beschreiben, dass durch technische Maßnahmen der Konsum von Medien aller Art zeitlich begrenzt - auf einzelne Personen beschränkt - und das Kopieren verhindert werden kann. Solche Systeme spielen eine wichtige Rolle bei den neu entstehenden Geschäftsmodellen des Musik- oder Dokumentendownloads, der „on-demand“ Dienste und des „pay-per-view“ im Bereich des

18 vgl. BT-Drs. 15/38, S. 20

19 Die Frage der analogen Kopie ist allerdings unter Juristen umstritten, es gibt auch Stimmen, die behaupten, eine analoge Kopie würde auch eine technische Maßnahme umgehen, vgl. <http://www.internetrecht-rostock.de/urheberrecht-faq.htm#8>

Internets oder des digitalen Fernsehens. Hier wird es z.B. möglich gemacht, gegen eine geringere Gebühr als beim Erwerb eines Mediums und zu jeder Zeit ein Musikstück, Video, Buch oder sonstiges Dokument herunterzuladen bzw. im Fernseher zu betrachten und nur eine bestimmte Zeit lang zu nutzen oder nur eine bestimmte Anzahl mal abzuspielen. Ein Kopieren oder Ausdrucken wird bei solchen Geschäftsmodellen durch ein DRM System verhindert bzw. limitiert.

Die §§ 108b, 111a UrhG bestimmen die straf- und ordnungsrechtliche Sanktionierung von Verstößen gegen die §§ 95a ff UrhG.

Mit dem ebenfalls neuen § 95d UrhG wird eine Kennzeichnungspflicht für „Werke und andere Schutzgegenstände, die mit technischen Maßnahmen geschützt“ sind, eingeführt. Diese für den Verbraucher wichtige Regelung schreibt dem Handel vor, „deutlich sichtbar ... Angaben über die Eigenschaften der technischen Maßnahmen“ und außerdem Kontaktangaben für den Fall der Geltendmachung von Ansprüchen nach § 95b UrhG²⁰ zu machen. Wie bereits beschrieben, wurde dieses Verfahren auf Basis des Kaufrechts bereits im wesentlichen so angewendet, dieser neue Paragraph stellt also auch nur eine Klarstellung und keine Neuheit dar. Im Prinzip ist eine Kennzeichnung aus Sicht der Verbraucher zwar zu begrüßen, andererseits ändert es nichts an der Tatsache, dass Kunden eine CD eventuell gar nicht abspielen können, wenn sie z.B. nur einen CD-Spieler im Computer haben oder daran, dass die Musik nicht auf tragbaren Geräten wie MP3-Playern gehört werden kann, da Kopien von der CD wegen des Kopierschutzes nicht erlaubt sind. Der Hinweis nach § 95d UrhG verhindert dann die Möglichkeit einer Rückgabe der CD im Geschäft, wenn man sich vorher nicht sicher war, ob man eine CD in den zur Verfügung stehenden Geräten nutzen kann. Zwar muss der Hinweis auch auf die Art des Schutzes hinweisen, die Hinweise werden aber sicherlich so formuliert werden, dass die Musikindustrie auf der sicheren Seite ist - der Kunde kann sich also vor Abschluss des Kaufvertrages nicht sicher sein, ob er eine CD aus einem Geschäft in der Art und Weise nutzen kann, wie er es gerne möchte. Die einzige Möglichkeit, sich vor dem Kauf zu informieren, ob die vorgesehene Nutzung möglich ist, bieten Selbsthilfeinitiativen wie z.B. das c't-CD-Register²¹ des Hannoverschen Verlags Heinz Heise.

Der Schutz technischer Maßnahmen, der zusammen mit der Frage der digitalen Privatkopie ebenfalls für viel Diskussionsstoff gesorgt hat, ist sicherlich noch nicht abschließend geregelt - der Kampf zwischen Verwertungsindustrie und Verfechtern der Privatkopie, der Informationsfreiheit und Anhängern internationaler Standards wird also weitergehen. Es stellen sich neben der Frage der Kontrollierbarkeit u.a. die Fragen, was wirksame technische Maßnahmen überhaupt sind, ob das System von Pauschalabgaben auf Geräte und Medien weiterhin bestehen bleiben kann, wenn die damit vergüteten Vervielfältigungen nicht mehr legal sind und wie die Umgehung (bzw. die Entwicklung und Verbreitung von Werkzeugen dazu) von technisch geschützten Werken, die gemeinfrei sind, geregelt ist²². Vervielfältigungen dieser werden nämlich nicht durch § 95a UrhG verhindert, und spätestens 70 Jahre nach dem

20 s. nächster Abschnitt

21 <http://www.heise.de/ct/cd-register/>

22 vgl. [IS2]

Tod des ersten Künstlers, der technische Maßnahmen zum Kopierschutz eingesetzt hat, wird es solche Werke geben. Es ergeben sich also ggf. Lücken, wenn Werkzeuge zur Umgehung der technischen Maßnahme entwickelt werden (oder einzelne diesen Schutz umgehen), die als Ziel die Umgehung des Kopierschutzes gemeinfreier Werke oder auch die Rekonstruktion von defekten Daten-CDs angeben. Im Gegensatz zum Urheberrecht in den Vereinigten Staaten von Amerika sieht weder die europäische Richtlinie noch das deutsche UrhG ein Recht zur Selbsthilfe vor, welche einem bei legalen Vervielfältigungen das Recht zuspricht, technische Maßnahmen zu umgehen. Lediglich das Recht zur Durchsetzung von Schrankenbestimmungen, welches im nächsten Abschnitt beschrieben wird, stellt eine verbraucherfreundliche Regelung zur Verfügung, die aber nicht sehr weitreichend und dazu mit einem umständlichen Verfahren verbunden ist.

Durchsetzung von Schrankenbestimmungen

Ein weiterer neuer Paragraph, § 95b UrhG, ermöglicht es wiederum, bestimmten durch Schrankenregelungen Begünstigten, ihre Schrankenbestimmungen durchzusetzen, auch wenn die betroffenen Werke mit technischen Schutzmaßnahmen nach § 95a UrhG ausgerüstet sind. Dazu muss der Rechteinhaber den Begünstigten „die notwendigen Mittel zur Verfügung ... stellen“, um von seiner Schranke Gebrauch machen zu können. Die Begünstigten werden explizit aufgezählt, darunter sind u.a. die Betroffenen der Schrankenregelungen für Rechtspflege und öffentliche Sicherheit (§ 45 UrhG), behinderte Menschen (§ 45a UrhG), öffentliche Zugänglichmachung für Unterricht und Forschung (§ 52a UrhG) und bestimmte Formen der Privatkopie (§ 53 UrhG), allerdings nicht solche, die das bisher diskutierte Beispiel der Kopie von Musik-CDs einschließen. Der einklagbare Anspruch auf Durchsetzung der Schrankenbestimmungen nach § 59 II UrhG tritt allerdings nach Artikel 6 II des Änderungsgesetzes erst zum 01.09.2004 in Kraft.

Für die Musikindustrie ist dieses Recht und der damit verbundene Aufwand, Begünstigten zur Durchsetzung ihrer Schranke zu verhelfen, vielleicht der einzige Grund, neben der Befriedigung des Wunsches der Kunden nach standardkonformen Musik-CDs, keinen Kopierschutz zu verwenden.

Das Recht zur Durchsetzung von Schrankenbestimmungen ist prinzipiell zu begrüßen, allerdings berücksichtigt es nicht alle Schranken und löst nicht alle Probleme und Konflikte im Zusammenhang mit technischen Maßnahmen und DRM-Systemen, die im letzten Abschnitt und im Beispiel zu Kopierschutzmechanismen aufgeführt wurden.

6. Ausblick und der „Zweite Korb“

Im „Ersten Korb“ wurden die notwendigen Anpassungen des Urheberrechts durchgeführt. Die Bundesministerin der Justiz, Frau Brigitte Zypries, setzt nun eine „Arbeitsgruppe Zweiter Korb“ ein, die die verbleibenden Probleme, Forderungen und Vorschläge diskutieren soll. Die Ergebnisse dieser Arbeitsgruppe sollen dann relativ schnell, bis Ostern 2004, in einen Referentenentwurf für den 2. Teil der Urheberrechtsreform eingehen, der noch vor der Sommerpause 2004 vom Bundestag behandelt werden soll. Wohl weil ihr Zeitplan für den Umfang des noch vorhandenen Regelungsbedarfs recht knapp ist, bringt Frau Zypries bei ihrer Eröffnungsrede bei einem Symposium in München schon am 16.09.2003 einen eventuellen dritten Korb ins Spiel.

Wie in dieser Hausarbeit und in den Artikeln, auf die hier verwiesen wird, deutlich wird, gibt es in vielen Bereichen noch Fragen, Unklarheiten und vor allem gegensätzliche Positionen. Es wird also, gerade nach den Änderungen des ersten Korbes, die im wesentlichen der EU Richtlinie folgten, nicht einfach werden, das Urheberrecht an die Herausforderungen unserer Zeit anzupassen. Die wichtigsten bisher angesprochenen Regelungsfragen, sowie solche, die bisher noch nicht erwähnt wurden, sollen im Folgenden noch einmal aufgestellt werden.

Eine zentrale Rolle in der weiteren Diskussion wird sicherlich die Privatkopie spielen, verbunden mit den mit ihr zusammenhängenden Fragen des Schutzes technischer Maßnahmen und DRM Systemen, der Durchsetzung von Schrankenbestimmungen und der Zukunft des bisher erfolgreichen Pauschalabgabensystems. Neben Detailfragen, wie solche betreffend technische Maßnahmen, steht aber auch die Privatkopie als Ganzes erneut zur Diskussion - es gibt nicht nur von Seiten der Wirtschaft, sondern auch aus der Regierung Stimmen, die zumindest bestimmte Formen der Privatkopie verbieten wollen²³. Ob aber Verbote allein das Dilemma lösen, in dem sich z.B. die Filmindustrie zur Zeit befindet, ist fraglich.

Die Frage der Zugänglichmachung für Unterricht und Forschung wird, wegen der zeitlichen Befristung, auf jeden Fall erneut diskutiert werden, vielleicht aber auch erst dann, wenn der zweite Korb bereits verabschiedet ist und die Befristung ausläuft. Auf Grund von Druck seitens der Industrie ist eine erneute Diskussion auch beim Versand digitaler Dokumente nicht auszuschließen, allerdings ist zu erwarten, dass die Bundesregierung, die solche Dienste fördert, eine harte Position in dieser Frage vertreten wird.

Weitere offene Punkte betreffen u.a. elektronische Pressespiegel, die Problematik im Zusammenhang mit Archiven²⁴ und die Frage, inwieweit die Rechte von Filmproduzenten gestärkt werden sollen²⁵.

23 Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, die Staatsministerin beim Bundeskanzler Dr. Christina Weiss ist z.B. der Meinung, dass weiter an der Gesetzesschraube gedreht werden müsse und dass die Regierung verhindern sollte, "dass Filme überhaupt privat kopiert werden dürfen", vgl. [heise-anw].

24 vgl. die bereits genannte Rede der Bundesjustizministerin

25 vgl. [ZUM2]

Es bleibt zu hoffen, dass eine gute Lösung gefunden wird, die zeitgemäß ist, einerseits den Interessen der Verbraucher und der Allgemeinheit gerecht wird und auch den Urhebern in Zukunft gerechte Vergütungen zusichert.

Literaturverzeichnis

- IS1: Dreier, T.; Nolte, G., Das deutsche Urheberrecht und die digitale Herausforderung, Informatik Spektrum, Band 26, Nummer 4, August 2003, Springer Verlag
- FS: Grassmuck, V., Freie Software, 2002, Bundeszentrale für Politische Bildung
- UrhR: Hillig, H.-P., Urheber- und Verlagsrecht, 2001, Beck-Texte im dtv
- Bürgerrechte: Schulzki-Haddouti (Hrsg.), Bürgerrechte im Netz, 2002, Bundeszentrale für Politische Bildung
- ct1603: Sietmann, R., Bibliothekarar Kopienstreit, c't, Heft 16 2003, Heise Verlag
- ct0703: Hansen, S., CD-Schutz kontra Verbraucherschutz, c't, Heft 7 2003, Heise Verlag
- ZUM1: Schippan, M., Urheberrecht goes digital, Das Gesetz zur Regelung des Urheberrechts..., Zeitschrift fuer Urheber- und Medienrecht, Ausgabe 5 2003, Nomos Verl.-Ges.
- IS2: Dreier, T.; Nolte, G., Digitales Urheberrecht: Das Gesetz zur Regelung des Urheberrechts..., Informatik Spektrum, Band 26, Nummer 5, Oktober 2003, Springer Verlag
- heise-anw: Wilkens, A.; Krempel, S., Staatsministerin: Illegales Kopieren ist wie eine böse Krankheit, <http://heise.de/newsticker/data/anw-27.11.03-000/>
- ZUM2: Gerhardt, A., Urheberrechtsreform zur Stärkung der Rolle des Filmproduzenten, Zeitschrift fuer Urheber- und Medienrecht, Ausgabe 10 2003, Nomos Verl.-Ges.